

Staat zur Gestaltung zu erheben hat, damit es würdig werde, an den Unternehmungsvereinigungen freiem gewerkschaftlicher Organisationen folgerichtig teilzunehmen.

Es erübrigt nun, auf die Frage einzugehen, ob im kroatischen Lande der kapitalistischen Entwicklung und des Gewerkschaftswesens der Staat tatsächlich in absehbarer Zeit die ihm zugesetzte Aufgabe übernehmen wird. Es kommt hier nur darauf an, daß gezeigt werde, wie in einem politisch vorgezeichneten Lande die Begriffe von *Staatssozialismus*, vom erziehlichen Willen der Staatsgewalt ganz andere sind als im politischen Preußen-Deutschland.

Durcheinander.

Die Kroatische Note der Mächte ist der Türkei noch nicht überreicht worden. Deutschland hat angeblich noch eine Wilderung des Portluis beantragt. Ob die europäischen Räder ebenso sicher arbeiten wie die Wühlen Gottes, ist uns zweifelhaft, daß sie sich aber an Langsamkeit nicht übertröffen lassen, steht fest. Am Dienstag sollte die Kollektivnote der Großmächte der türkischen Regierung überreicht werden — jetzt heißt es: Mittwoch. Nunmehr nur nicht wieder etwas Neues dazwischen kommen! Aber gelegt den Fall, diesmal werde sich der gewalige Apparat ernsthaft in Bewegung setzen, so sind die Ausstufen auf einer dem Frieden dienende Wirkung dieses Schritts doch wieder beträchtlich verringernt, denn die Delegationen der Balkanstaaten sollen beobachten haben, daß die Balkanmächte der Pforte gleichzeitig eine Note überreichen, durch die sie die Friedenskonferenz aufheben. Es wird darüber gemeldet:

London, 13. Januar. (Neutermeldung.) Die Chefs der Delegationen der Balkanstaaten haben heute vormitig in einer Konferenz beschlossen, daß gleichzeitig mit der Überreichung der Note der Großmächte an die Türkei die Balkanstaaten der österreichischen Regierung eine Note überreichen werden, durch die sie die Friedenskonferenz anstreben. Es wurde gleichzeitig beschlossen, Instructions an die Generalitäten der Heere zu übermitteln, um dem Waffenstillstande ein Ende zu bereiten.

Die Nachricht ist höchst unklar. Die Delegationen der Balkanstaaten haben doch nicht über die Schritte ihrer Regierung gegen die Türkei zu berichten. Haben sie wirklich die in dem Londoner Telegramm erwähnten Anregungen gegeben, und würde sich der Balkanverbund bereitstellen, ihnen zu entsprechen, so bedeutete das nichts anderes, als daß das Vorgehen der Großmächte wieder durchkreuzt würde. Wenn Europa die Türkei zur Nachgiebigkeit in Adrianopel und auf den Ägäischen Inseln auffordert, so wäre es an den Balkanstaaten, zunächst einmal den Erfolg dieses Schrittes abzuwarten. Haben sie gleichzeitig die Friedenskonferenz auf, so unterstützen sie damit die Kriegspartei in Konstantinopel und erschweren es der türkischen Regierung aufzufallen, der Aufruf der Mächte zu entsprechen. Jedenfalls macht sich der Eindruck immer breiter, daß es mit der Einigkeit der Großstaaten noch viel minder bestellt sei, als man bisher annehmen konnte. Im andern Falle wären sie doch wohl in der Lage gewesen, eine Politik zu verhindern, die auf eine übermäßige und für den Frieden Europas gefährliche Verschärfung der Pforte hinausläuft.

Der Abbruch der Friedensverhandlungen.

London, 14. Januar. Das Neuterbüro erhält von einem Delegierten der Balkanstaaten, daß die Delegierten aufgelöst seien, England noch Überreichung der Note der Balkanverbündeten an die Türkei zu verloren. Das Datum für die Überreichung der Note der Mächte an die Türkei ist noch nicht endgültig festgesetzt. Es scheint jedoch keine Hoffnung zu bestehen, daß die Antwort der Türkei auf diese Note für die Verbündeten zuverlässig ausstehend aussagen dürfte. In gutunterrichteten Kreisen wird sehr wenig Hoffnung ausgesprochen, daß die Wiederaufruhr der Heimstädte vermieden werden wird. Da man glaubt, daß Adrianopel nicht mehr lange wird Widerstand leisten können, nimmt man an, daß es bald zu einer Einigung zwischen den Verbündeten und der Pforte kommen wird. Allerdings würden dann die Verhandlungen der Verbündeten den künftigen Kriegsergebnis angepaßt werden.

Berlin, 14. Januar. Zu der Neutermeldung, daß die Balkan-delegierten den Abbruch der Friedensverhandlungen beschlossen hätten, bemerkte die Kreuzzeitung, daß mit diesem Beschlusse vermutlich nur eine Prise auf die Türkei ausgeübt werden und beschieden werden soll, den moralischen Druck der Aktion der Großmächte noch zu verstärken. Vielleicht bestehe Aussicht, daß die Pforte dann kapitulieren möchte, sich doch fügen und weitere Blutvergeltungen vermeiden wird.

Die Türkei bleibt fest.

Wien, 14. Januar. Wie der Neue Freie Presse aus Konstantinopel von einer der Regierung nördlichen Seite mitgeteilt wird, bleibt der Standpunkt der Pforte hinsichtlich Adrianopels und der ägäischen Inseln unverändert fest.

Gegen die Jungtürken.

Konstantinopel, 14. Januar. Der Ministerrat hat beschlossen, daß Ministerium des Innern zu ermächtigen, gegen die Jungtürken Rückerstattung vorzugehen und eventuell die Komiteeführer aus Konstantinopel auszumelden. Die Eingänge zu den Handelsgängen der Pforte waren heute von etwa 300 Polizeibeamten besetzt.

Die rumänische Frage.

Der rumänischen Zeitung wird aus Berlin telegraphiert: Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen sind in lebhaften Fluss gekommen. Für den Fall, daß sich abermals Schwierigkeiten ergeben sollten, ist eine Vermittlung ins Auge gesehen. Die Reldung, wonach die bulgarisch-rumänische Frage der Entfernung der Rösselsbergvereinigung unterbreitet werden sollte, wird vorläufig nicht benötigt, da man an der Hoffnung festhält, daß es gelingen werde, zwischen Sofia und Bukarest eine Vereinigung durch unmittelbare Verhandlungen oder möglichst durch eine Vermittlungsstelle, die aber nicht die Rösselsbergvereinigung zu sein braucht, herzustützen.

Sofia, 14. Januar. Der russische Gesandte hatte eine längere Unterredung mit dem Minister des Äußeren. Nachdem er dem Rat zur Rücksicht gegeben hatte, versicherte er, daß die russische Regierung Rumänien ihre Dienste anbiete, um die Verhandlungen mit Bulgarien zu einem Ende zu führen. Der französische Gesandte gab eine ähnliche Erklärung ab.

Deutsches Reich.

Kultur und Bildnis.

Vor einiger Zeit kamen von Deutsch-Neuguinea wieder einmal Unruhe-Nachrichten mit öligem Beigeschmack. Am

Bericht über die Strafexpedition gegen die Mörder des Paradiesvogeljägers Richards hieß es: „Das große Wambadorf wurde unter Feuer genommen und eingeholt. Die Wambaleute hatten etwa 40 Tote.“ Und das Kolonialblatt brachte eine amtliche Darstellung, die ein böses Licht auf die Kolonialarbeit in Deutsch-Neuguinea wirft:

„Es ist weiter zu berichten, daß die Expedition zur Bestrafung der Wambadörfer zusammenholt mit Eingeborenen gehabt hat, daß in der Nähe der Station Etape bewaffneter Hinterland gesiebt ist. In der Mehrzahl der Fälle, in denen ein Weiher erschlagen wird, oder ein kriegerischer Zusammenstoß stattfindet, handelt es sich nicht um Unruhen, sondern einfach um das Vordringen in das Innere, um die Verbreitung der Kultur mit der Wildnis. Bei dem eingeschränkten und kriegerischen Sinn unserer Eingeborenen, speziell in Kaiser-Wilhelms-Land, ist es ganz natürlich, daß diese Verbreitung oft eine schändliche wird. Den besten Vergleich zu dem Zustand, in dem wir in dieser Hinsicht leben, gibt vielleicht die Geschichte des Vordringens der Weißen in den Westen Nord-Amerikas.“

Dieser Darstellung war die amtliche Nache auf der Stelle zu lesen. Auch für denjenigen, der die Urtade der Eingeborenenbevölkerungen in Kaiser-Wilhelms-Land nicht in ihren lokalen Zusammenhängen kannte. Man kennt die Kolonialisierung der kapitalistischen Staaten genugsam, um zu wissen, wie die Verführung der Kultur mit der Wildnis vor sich geht. Dass auch die fortgesetzten Unruhen in Deutsch-Neuguinea keine andere Ursache haben, als die Unfähigkeit der kapitalistischen Staaten, wirkliche Zivilisationsarbeit zu leisten, wird jetzt bewiesen von einem Mann, der kein Sozialdemokrat ist: Professor R. Neubauer. In einem dreibändigen Reisebericht (Verlag Dietrich Reimer) hat er seine auf einem langjährigen Aufenthalt in Deutsch-Neuguinea gebrüderlich gewidmet, daß die verhältnis nach dem Ausdruck zum Ausdruck bringen Sie sagt, die Zeit ist zu kurz, als daß die Frage noch zu einer Entscheidung gebracht werden könnte. Wäre es umgekehrt, würden die Zusätze ohne Parlamentsbeschluss in Wegfall kommen, so dürfen wir sicher sein, daß sich die Zeit zur Beratung noch finden würde. So aber wird den Abgeordneten einfach Schweigen auferlegt und die Mühe, die sie bisher auf die Sache gewandt haben, ist vergeblich gewesen. Und was das Schlimmste ist, die Weisheit, über deren Willen die preußische Regierung sich so mit vollendetem Wurstigkeit hinwegsetzt, wird nicht einmal den Mut finden, gegen dieses Verfahren energisch zu protestieren. Eine Volksvertretung, die ihren Rahmen verdient, würde die Verantwortung der Steuernovelle beispielweise mit einem Verzicht auf die Beratung des Stadts beantworten. Über das preußische Abgeordnetenhaus. Bis kann man Zeugen sammeln wollen von den Dornsträuchern.

Dekalog der Kosten für die Ausbildung der Beamten gehäler als vorübergehende Regel bestellt worden sind. Es darf als sicher gelten, daß die preußische Regierung von Anfang an gar nicht daran gedacht hat, auf diese Zusätze jemals wieder zu verzichten. Sie hat das unglaubliche Abgeordnetenhaus einfach dupliert. Nun stellt sich die sogenannte Volksvertretung aber doch auf die Hinterbeine und in der Kommission fand sich eine Mehrheit für eine allmähliche Befreiung der Zusätze. Im Jahre 1914 sollen 30 Proz. aufgehoben werden, im Jahre 1915 65 Proz., und im Jahre 1916 der Rest. Dem Finanzminister gelang es nicht, seine entgegenstehenden Wünsche durchzusetzen, und es liegt hoch trock der Kompromißbereitheit auf der Rechten noch nicht absehn, wer in diesem Konflikt Sieger bleiben werde.

Wir wollen nun nicht behaupten, daß die verhältnismäßig frühe Anfahrung des Wahltermins mit dieser Sache im Zusammenhang steht, jedenfalls aber heißt es jetzt in unterrichteten Kreisen, die Steuernovelle komme wegen Zeitmangels im Plenum gar nicht mehr zur zweiten Lesung. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Zusätze zunächst eben einfach weitergezahlt werden.

In der Tat, ein höchst einfaches Verfahren. Will das Parlament nicht so wie die Regierung, so entzieht sie ihm einfach die Möglichkeit, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Sie sagt, die Zeit ist zu kurz, als daß die Frage noch zu einer Entscheidung gebracht werden könnte. Wäre es umgekehrt, würden die Zusätze ohne Parlamentsbeschluss in Wegfall kommen, so dürfen wir sicher sein, daß sich die Zeit zur Beratung noch finden würde. So aber wird den Abgeordneten einfach Schweigen auferlegt und die Mühe, die sie bisher auf die Sache gewandt haben, ist vergeblich gewesen. Und was das Schlimmste ist, die Weisheit, über deren Willen die preußische Regierung sich so mit vollendetem Wurstigkeit hinwegsetzt, wird nicht einmal den Mut finden, gegen dieses Verfahren energisch zu protestieren. Eine Volksvertretung, die ihren Rahmen verdient, würde die Verantwortung der Steuernovelle beispielweise mit einem Verzicht auf die Beratung des Stadts beantworten. Über das preußische Abgeordnetenhaus. Bis kann man Zeugen sammeln wollen von den Dornsträuchern.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Der dritte Tag der Etatsberatung wurde durch eine 2½-stündige Rede des Genossen Liebknecht eingeleitet, die sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der gesamten preußischen Aktion und ihrer Regierung gestaltete. Insbesondere die Kennzeichnung der scharmächerlichen Haltung der Friedenskonvention und der nationalliberalen Unzufriedenheit war von interessanter Wirkung. Der Schluss der Rede unseres Sprechers war einflammender Aufruf zur Ausnutzung des Landtagswahlkampfes, zur Austrittnahme der Massen.

Die weitere Debatte, die sechs Stunden dauerte, zeigte ein markantes Bild. Von den Freikonservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum wurde um die Wette verschaut, die Debatte auf das wie Gletsch der Jesuitenfrage zu schließen. Stundenlang stritten die Herren Graf Moltke, Peters und Dr. Lohmann um Jesuiten. Eine erfreuliche Offenherzigkeit bewies der konservative Schriftsteller Dr. Aenigmühle, der schlandweg ein neues Sozialstengel forderte und die Fortschrittlerr wegen des Stichwahlkampfes mit der Sozialdemokratie bereits auf den Revolutionären zu rechnen schien. Alsdann entschuldigte der und wehmüdig Lohmann die Haltung dieser Parteidreunde. Auf eine Anzapfung des Fortschritters Dr. Bahnwald über die Entschlüsse des Genossen Liebknecht im Reichstag kam dieser tal es jedoch so, daß er erklärte, von der Reichstagssrede Fischer's erst durch Bahnwald gehört zu haben und sich daher noch nicht äußern zu können. Der Minister ließ also offenbar keinen Reichstagsbericht in der Zeitung. Am übrigen erklärte er, daß ein einzelnes Projekt eine solche Maßnahme des Reichs, wie die Einführung von Wahlurnen, nicht verhindern konnte. Nach dem Minister wurde die Debatte geschlossen, so daß Genosse Borchardt mit berechtigter Schärfe den Rückhalt in die vierzig Geplagtheiten des Dreiklassenhauses brandmarkte.

Die Kriegsspieler des Jungdeutschlandbundes findet auch in einsichtigen bürgerlichen Kreisen immer mehr Gegner. So schreibt z. B. das nationale Hanauer Tageblatt über das nachgerade zum geschilderten Sport ausgeartete Spiel erwachsener Schüler mit Schußwaffen:

Das ist der Glanz der bösen Tat und das unbefriedigende Werk der Kriegsspieler! Die Geschichte der Untaten im Gebiete der Roe Womba erzählt ich im ersten Band meines oben zitierten Reisewerkes. Mehrere Strafexpeditionen der Regierung kommen gegen diese Leute nicht ausreichen. Als aber einige Missionare den Mut haben, ohne Soldaten und Geweihen eines wilden Naturfinken aufzufinden, war der Frieden mit einem Schlag bereitgestellt. Alles ging vorzüglich, bis anderen Herren die Konsolidierung der Roe Womba nicht hinreichend schnelle Fortschritte machte und man daher „Annehmungen“ und „Aufhebungen“ ins Werk setzte. An schneller Folge wurden ermordet die Paradiesvogeljäger Richards, Peterson, Mifilizius und die Pfälzer Brüder Weber. An der Küste sind die Paradiesvogel so gut wie ausgerottet. Die Jäger müssen also mit ihrem Trophäen ins Land hinein, wohin sie Nahrungsmitte für die mehramtige Expedition nicht mitbringen können. Sie wollen aber leben und verschaffen sich den Unterhalt daher teils durch Ausrauben der Eingeborenenfelder, teils durch die Jagd. Bei leichter müssen vor allem die frei im Walde herumlaufenden Schimpansen der Eingeborenen erhalten: „Wer man wird doch den Schimpansen die Nahrungsmitte ablaufen?“ Wer sieht, daß die Schimpansen im Innern wogen beständig selbst am Hungerleid und können unmöglich eins aus den Beinen und zahltreichen Schimpansen — wie im Falle Mifilizius — bestehende Karawane fünf Monate lang ernähren. Dafür kommt er beständig zu Neuberten. Biermal müssen wir in wenigen Monaten mit den Schimpansen kämpfen, berichtet einer der überlebenden Begleiter von Mifilizius. Wie viele Eingeborene mögen dabei niedergeschlagen sein? Nun tritt das dort überall gültige Gesetz der Wirklichkeit in Wirklichkeit, bei der nächsten Gelegenheit wird der Welte niedergeschossen und das Kapitulationsvertragen ist jetzt. „Strafexpedition. 40 Tote, Dorf niedergeschossen usw.“

Der Meinung sind wir auch; insbesondere sollte diese Mahnung für die Arbeitnehmer gelten. Im übrigen aber muß der „verderbliche Einfluß des Jungdeutschlandbundes“ schon schlimme Folgen gezeigt haben, denn sonst würde sich ein bürgerlich-nationaler Blatt wohl kaum zu einer so scharfen Kritik aufgeruft haben.

Die sächsische Regierung hofft noch!

Molss sächsischer Landesdienst veröffentlicht folgende Meldung:

Dresden, 14. Januar. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die sächsische Regierung den in der Gefangenentrüge gegen den Reichsländer gerichteten Beschäftigten fernsteht. Sie hofft, daß es den vertraulichsten Zusammenarbeiten der verbündeten Regierungen mit dem Reichsländer gelingen wird, eine auch die sächsische Regierung befriedigende Lösung des schwierigen Falles zu finden.

Viel fragt diese offizielle Notiz gerade nicht. Sie beginnt sich nur damit zu erklären, daß die sächsische Regierung den „Befreiungsgriffen“ gegen Böhmann fernsteht. Im übrigen aber werden die Meldungen der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung über die Unrechtsigkeit der Bundesstaaten und über die Besteuerungspläne des Reichstages nicht dementiert.

Kleine Rasten im Reichstag.

Der Abg. Reichmann (Soz.) spricht an: „Welche Maßnahmen werden der Herr Reichsländer zum Schutz der in der deutschen Tiefbauindustrie beschäftigten Arbeitnehmer zu ergreifen? Da in wirtschaftlicher und besonders in gesundheitlicher Beziehung wird

Sozialdemokratischer Verein. Sechster Wahlkreis.
Gruppe Plauen.

Sonnabend den 16. Januar 1913 im
 Saale des Westend, Chemnitzer Str.

Familien-Abend

Konzert, Gabenverlosung und Ball.

Das Konzert wird ausgeführt von der Herren-Gesellschaft **Bunte Bühne**

Einlass 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 2 Uhr nachts.

Karten 138 Pf. für Mitglieder sind bei den Beitragssammlern sowie bei bekannten Geschäften zu haben

Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet

Die Gruppenleitung.

Freitag den 17. Januar, abends 8½ Uhr, im grossen Volkewohl-Saal, Ostra-Allee
Grosser öffentlicher Vortrag

der Herrn Dr. Max Maurenbrecher, Mannheim:

Lebenskraft und Todestrost im Monismus.

Zugleich eine Erwiderung auf gegnerische Angriffe.

Eintritt frei.

Reservierte Plätze in beschränkter Anzahl zu 1.05 Pf. in Weiters Buchhandlung, Amalienstrasse 9, und eventuell noch an der Abendkasse.

Deutscher Monistenbund, Ortsgruppe Dresden, E. V.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle
 Rittergasse 4, gegenüber
 dem "Gelben Löwen"

Geschäftsstelle, Montag ab 8—10 Uhr
 am 8—10 Uhr, Montag ab 7 Uhr
 Telefon: 3200 774

Bezirk Leuben

Donnerstag den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Gaffhof Leuben
Gruppen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag
 des Genossen W. J. Deubel. 2. Vorstandsbereich. 3. Gemeinde-
 wahl-Bericht. 4. Parteiangelegenheiten.

Die Bezirksleitung.

Stein-Arbeiter!

Donnerstag den 16. Januar, abends 8 Uhr

Verfammlung der Granitarbeiter

in Schröder's Restaurant, Dresden-Reudnitz
 Weimarer Straße.

Es ist notwendig, dass alle Kollegen anwesend sind.

Die Verwaltung.

Ortskrankenkasse Niederseiditz u. Umg.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 4 des Einführungsgesetzes zur Reichs-
 berufserwerbs-Ordnung hat der Bundesrat bestimmt
 dass bei den Organen der Krankenkassen die Amtsdörfer der
 gegenwärtigen Vertreter der Arbeitgeber und der Ver-
 fiederten, deren Amtszeit mit dem 31. Dezember 1912 abgelaufen
 ist, auf ein Jahr verlängert wird.

Den Kassennmitgliedern sowie den Herren Vertretern wird
 diese Bestimmung bekanntgegeben, mit der Maßgabe, dass hierdurch
 bis nach dem Kassenstatut im Januar stattfindende Vertreterwahl
 unterbleiben darf und die gewählten Vertreter weiterhin im
 Amt bleiben.

Riesa, 14. Januar 1913.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse Niederseiditz u. Umg.
 G. Büdler, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse für Radebeul u. Nachbarorte

Bekanntmachung.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Radebeul und Nach-
 barorte besteht für das Geschäftsjahr 1913 aus folgenden Herren:
 Foth, Robert, Betriebsleiter. Dr.-Troschau, Vorsitzender.
 Stock, Albert, Klempnermeister, Radebeul,stellvertretender
 Vorsitzender.

Locke, Paul, Dreher, Radebeul, Schriftführer.

Güttler, Paul, Arbeiter, Radebeul.

Baase, Otto, Schriftführer, Radebeul.

Schäfer, Alfred, Schlosser, Radebeul.

Kuntzsch, Paul, Dreher, Radebeul.

Hörnig, Heinrich, Gaunermeister, Radebeul.

Liebe, Max, Klempnermeister, Radebeul.

Radebeul, den 14. Januar 1913.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für Radebeul u. Nachbarorte.

SARRASANI
 Trocadero

Eintritt 8 M. Ab 11 Uhr abends geöffnet. Ein Weltstadt-Etablissement

Tanzproduktionen Gesangsvorläufe Spezialitäten 1. Klasse

Beispiele für ganz Dresden.

Dresdner Volkszeitung

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden u. Umg.

Freitag den 24. Januar in sämtlichen Räumen des Reichspalastes, Görlitz.

MASKENBALL

mit dem Motto:

Ein Abend in Venedig.

8½ Uhr: Einzug in Venedig mit Begrüßung durch den Bürgermeister. Eine edle ital. Musikbande sowie 2 Musikkörper sorgen für entsprechende Unterhaltung. Hotel Steinthal.

Anfang 7 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Preise der Stufen nur für Mitglieder u. ihre Angehörigen: Personen 1 M., Familien 2 M., Kinder 50 Pf.

Tanz frei.

Die werten Teilnehmer werden gebeten, sich dem Charakter des Abends entsprechend zu kleiden.

Chue Wäsche kein Eintritt.

Überlastete Stufen müssen bis zum 28. Januar an das Bureau zurückgegeben werden, sonst gelten dieselben als verlaufen.

Varieté und Ballsäle Deutscher Kaiser

Straßenbahnh. 15 Dresden-N. Leipziger Straße 112.

Morgen Donnerstag den 16. Januar

Dresdens amüsantester öffentl. MASKEN-BALL

Drei Musikkapellen.

Freitag den 17. Januar 1913

Dresdens amüsantester

Maskenball

Eine tolle Nacht im Reiche der Fee!

Zwei Musikkörper spielen ununterbrochen.

Anfang 7 Uhr. Ende früh.

Eintrittspreise: Im Vorverkauf Damen 75 Pf., Herren 1 M.; an der Kasse Damen 1 M., Herren 1.50 M.

Maskengarderobe von Frau E. Richter, Rähnitzgasse, im Hause.

SARRASANI

Telephon 12 780 und 12 812.

In jeder Vorstellung:

Die ersten

dressierten Kamele

Allabendlich



Sonnabend, Sonntag, Mittwoch
 Je 2 Vorstellungen.

dressierten Zebras

der Welt!

Die ersten

Elefanten u. Löwen!

Der Vorverkauf für Sonnabend beginnt heute,

der Vorverkauf für Sonntag morgen (Freitag).

Vorverkaufsstellen: Circuskasse: Warenhaus

Herrfeld, Altmarkt; Zigarrenfabrik von L. Wolf: König-Johann-Straße, Seestraße 4, Pragerstraße, Wallstraße (Ecke Wilsdruffer Straße), Postplatz,

An der Kreuzkirche.

Kios

Circus

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

W. G. Sach, Dresden-Alstadt.

Verantwortlich für den Spielteile:

Reinhild Richter, Dresden.

Druck und Verlag: Saben & Temp, Dresden.

Eine tolle Nacht!

Maskenball

Montag den 20. Januar in den

Blumen-Sälen

ist tonangebend!

Haushalt beschließe, die gegen die Sozialfreiheit auf allen Seiten verstoßen, zu pflegen, ist das unerlässlich an diesem Vortrag. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Und diese Beschränkung der Sozialfreiheit besteht heute weiter. Eine große Reihe von Prinzipien, der Verband der Deutschen Männermeister, bittet in einer Petition den Reichstag, die Regierung zu veranlassen, sie vor dem Terrorismus ihrer eigenen Berufskollegen zu schützen. (Hört hört bei den Sozialdemokraten.)

Angesichts der Haltung der Behörden braucht man sich nicht zu wundern, wenn die "Deutsche Fleischzeitung" mit Bezug auf unsere Verhandlungen zur Fleischförm zu schreiben mag: "Das würde den roten Herrschäften gut gefallen, weiter auf jährliche Kosten gefüllt zu werden." (Hört hört bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein

Sinnlos.

wie er sich immer nicht gehabt werden kann. kein deutscher Arbeiter darf dazu, daß auf jährliche Kosten füllern zu lassen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Nur in der äußersten Not geht er auf Arbeitsverkürzung. Die jährlichen Fleischpreise waren im übrigen auch hoch genug, so daß von einem Zähler auf Kosten der Stadt schon deswegen nicht gesprochen werden kann. Auf die Dauer wird sich das Zentrum vor seinen Arbeitern nicht länger verantworten können, so wie bisher gegen die Arbeitersinteressen zu handeln. Vor allem hat es alle Lebensmittelverteuerungen mitgemacht. Neben den Kaffeezoll hat ein Zentrummann einmal gesagt, was schade es, wenn der Kaffee etwas teurer würde, die Leute könnten ihn ja dann etwas dünner ausführen. (Hört hört bei den Sozialdemokraten.) Der nationalliberale Abg. Höltz hat heute behauptet, auch seine politischen Freunde seien für billiges Fleisch. In der Fleischsteuerungskommission sind es aber gerade die Nationalliberalen, die als Zähler an der Wage alle auf Verbilligung des Fleisches gerückten Anträge abgelehnt haben. (Hört hört bei den Sozialdemokraten.) Nun bin ich ein sehr junges Mitglied des Reichstages und vielleicht sehe ich noch recht nach den Verhältnissen dieses Hauses genauer. Darum ist mir wohl die Frage erlaubt: Wie ist es möglich, daß eine Partei sieh so mit ihren Werten und Zielen in Widerspruch setzen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Unternehmermaterial, das Graf Westarp vorgebracht hat, zeigt sehr leicht. Es ist wohl die Regel, daß 90 Proz. aller Fälle nicht zutreffen, die die Unternehmer verbreiten, wenn sie von Arbeitersorganisationen geprägt werden. Die Konkurrenz sollten doch lieber offen sagen, daß sie nicht bloß das Streitpunktsstreben verbieten, sondern die Arbeiterschaft

an Häufen und Zähnen festhalten

wollen, damit sie den großen Organisationen der Unternehmer wehrlos gegenüberstehen. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Begeißt verlangt Graf Westarp demandiert, mit dem Einbreiten der Behörden dürfe nicht bis zum Ausbruch des Streits gehorcht werden, nein, jede Vorverteilung eines Streits sei bereits als eine

Stadtbewohner bedrohende Handlung zu betrachten. Darauf deutet es ja schon hin, wenn in Magdeburg 400 Teilnehmer an einer Metallarbeiterversammlung auf die Polizeimacht geschleppt wurden, um zu untersuchen, ob sich unter diesen 400 ein Arbeiter befände, der einen Streikbrecher beleidigt haben sollte. (Hört hört.) Die bei jedem Streik herrschende Erregung ist ein Kulturelement, vor dem der Staat den Hut ziehen sollte. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Sie sollte nicht Strafgericht, sondern Strafmaßnahmen beim Gericht ins Gewicht fallen. Härtere Maßnahmen gegen Streikländer, als die im Ruherevier geführten, wird Graf Westarp uns höchstens aus Rußland vorlesen können. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Überzeugung, daß der Reichstag auch diesmal den Antrag der Konservativen mit überwältigender Mehrheit ablehnen wird. (Leißt links.)

Die Sozialpolitik der Regierung hat auch die außerbeobachteten Anforderungen einer bürgerlichen Sozialpolitik unerfüllt gelassen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Nacharbeit der Konservativen ist bereits in England und Irland abgeschlossen; auch Deutschland müßte endlich folgen. Nur dann läßt sich eine wirkliche Stärke in den Betrieben herstellen. In den Eisen- und Stahlwerken bestanden bislang die Betriebsräte, daß sie keinen militärischen Pflichten haben; da hätte es eher möglich, daß diese Herren die erforderlichen Spouleten bekommen, als daß unser Reichstag des Jüngsten in die Beseitigung der Nacharbeit in den Betrieben miliärt. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Da hätte das Reichsamt sich schon längst mit den Zuständen in der chemischen Industrie näher beschäftigen müssen. Bereits Frankfurt ist von einem stark chemischen Fabrik umgeben, und wir können sehen, wie die Stadt den Millionen der chemischen Industrie entgegenkommt, wie sie ihnen Platz abtritt, damit sie Kunstdüfte und prächtige Villen hinbauen. Die Arbeiter aber nennen diese Fabriken Höllen. Es herrschen Nihilisten, die jeder Menschlichkeit höhn sprechen. Durch günstige Stoße werden die Arbeiter in entsetzlicher Weise verunreinigt. Rentenauflage von Arbeitern gehen jährlich durch die Fabriken und erzielen dort 6-8 Wochen, weil sie es länger nicht aushalten können, und gehen dann mit dem Stein der Krankheit fort. Aber gegenüber diesem Gegensatz zwischen Reichstum und Elend verhält sich das Reichsamt absolut unfähig. Das einzige Gut, auf dem es in den letzten Monaten die Initiative ergriffen hat, ist der Schutz der Bahnangestellten. Wie begründet den Entwurf eines Reichsbahnergesetzes und treuen und über den Erfolg der jungen Organisation freilich regelt der Entwurf noch nicht entfernt die schwierigen Arbeitsverhältnisse. Er räumt der Polizei eine sehr grobe Macht in bezug auf die Konzeption ein; und schätzt noch jede Verwendung für die Durchführung des Reichsbahnergesetzes. Die Kommissionen muß besser geregt werden, und ebenso die Beziehungen der Ministranten. Sicht möglich ist die Lage der künstlerischen Dienst, die unter dem paritätischen Gericht der sogenannten Dienstleistungsschulen zu leiden haben. Diese Amtshandlungen sind nur verbilligte Stellenvertretungsinstitute, die

gerade Menschenhandel treiben und die armen Angehörigen ausbeuten. Hier sollte das Stellenvermittlungsrecht schärfer angewendet werden. Die Gesetzesordnung kommt in Frage und über die schweren Rückstände, die sich aus diesem überlebten Gesetz ergeben, hat Graf Westarp sein Wort verloren. Dabei ist das gerade eines der aufsehenerregendsten Kapitel im Wirtschaftsleben, das revolutionierender wirkt als alle sozialdemokratischen Ideen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Die ganze Verplattung unserer sozialen Geschäftsgänge die Schau vor vollständiger Verbesserung ist verurteilt durch die Schau der Regierung, die Arbeiter in der Sozialversicherung zu größerer Mitarbeit in der Verwaltung heranzuziehen, die erst einen gefundenen Zug in die Versicherung hineinbringen würde.

Hier mündet das soziale Problem und das politische. Die gestern wieder von Tischa nachgewiesene Herrschaft Preußens willt in Deutschland verhängnisvoll, auch in sozialer Beziehung, denn sie bedeutet die Herrschaft der rückständigen Unternehmersklasse von der Welt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie bedeutet, daß sich die industriellen Schornsteine der Unterklasse als Gebilden angelebt haben, und daß das Zentrum als Hauptrat hinter dieser Gemeinschaft steht. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Arbeiterschutz kann nur durch eine Demokratisierung unserer Aufstände durchgeführt werden, nur durch die Beseitigung des Junkersinflusses. Dann wird Deutschland nicht nur politisch, sondern auch sozial vorwärts kommen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Wedding (Welle): Als Mitglied der bursch.-hannöver. Partei erkläre ich gegenüber dem Abg. Dr. Müller-Reinichen, daß wir die Ausweitung unserer nationalen Gesinnung als schweren Bedrohung empfinden.

Hierzu verträgt das Haus die Weiterberatung. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Scheidemann (Soz): Am 3. Dezember habe ich ausführlich über meine Partei Rede gesprochen und meine Ausführungen mit den Worten geschlossen: "Wer noch meiner Erlösung fernbleibt, die erbärmliche Lüge verbreitet, den erkläre ich für einen elenden Menschen." Dem habe ich nichts hinzuzufügen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Graf Westarp (L): Ob Herr Scheidemann mich in mehr oder minder parlamentarischer Form für elend erklär, ist mir ganz gleichgültig.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz) und Dr. Müller-Reinichen (Wp.) teilt

Präsident Raemps mit, daß die sozialdemokratische Fraktion

momentane Abstimmung über die Resolution der Konservativen auf Bekämpfung des Streitpunktes beantragt habe.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 7½ Uhr.

eingetragen waren, gehörten 2400 Syndikate mit 556 076 Mitgliedern an.

Vorstand.

Ablösung Metallarbeiter!

Metallarbeiter, die beauftragt, Arbeit in der Bronzewarenfabrik von Seiffert in Wurzen anzunehmen, werden in ihrem eigenen Interesse gebeten, bevor Erkundigungen bei der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes in Dresden oder Wurzen einzuziehen.

Anland

Gesellschaftsreisen nach Helgoland.

Die Hamburger Betriebsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes verhendt folgende Befürchtung: Von einigen Kundenreisebüros in Hamburg sind den größeren Verwaltungsstellen auch Gemeinschaftsstellen, Prospekte für eine Helgolandreise zugestellt worden. Wer erneut die Verwaltungen und die Gewerkschaftsstellen, die sich mit dem Gedanken tragen, eine derartige Reise zu unternehmen, eck bei der Hamburger Betriebsverwaltung anzuzeigen, damit Entdeckungen vorgebeugt werden kann.

Sohdewegungen.

Über Sohdewegungen der Sattler erhalten wir folgende Übersicht:

Die Militärfeststellensatellit der Firma Thieme in Magdeburg befindet sich wegen Einführung des Berliner Tarifs im Streit. — Die Militärfeststellensatellit der Firma Maury in Offenbach a. M. ist für Sattler wegen Ablehnung langer Verhältnisse gelöst.

— Die Sattler der Waggonfabrik in Werdau i. S. befinden sich in einer Lohnbewegung. — Die Anbieder der Automobilfabrik Michelin in Bonn a. Rh. können organisierte Arbeiter nicht leiden und glauben, wenn sie die Verbandsfunktionäre der Sattler entlassen, den Gelben willstam den Loden vorgeworfen. Damit dies verhindert wird, legten sämtliche Sattler einmütig die Arbeit nieder. Sie erwarten, so lange der Zugang verweigert wird, bis die Firma sich geneigt fühlt, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu bestätigen.

Der Betrieb in der Treibremfabrik C. Scholz in Hamburg wählt bereits zwölf Wochen, ohne daß die Ausgesparten gewillt sind, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Nach wie vor wollen sie die Arbeit erst annehmen, wenn ihre vierzig gemahrgelten Vertrauensleute auch wieder eingestellt werden.

Wegen Abreise eines Kollegen kündigten sämtliche Arbeiter der Kartonagenfabrik von Kroft in Schwelm in Westfalen ihre streng fernzuhalten.

Die Aussperrung der Maschinisten im Hochseefischereibetrieb dauert unverändert fort. Fast die gesamte Fischereiflotte ist im Geestemündungshafen versammelt. Die Reederei sucht auswärtige Arbeitswillige unter den größten Opfern und größten Verpflichtungen heranzuschleppen. Der Zugang sei deshalb eindringlich gewarnt.

Literatur.

Wie die Weiber schlagen. Unter diesem Titel ist im Verlage des Deutschen Steigerverbandes in Eßlin eine Broschüre erschienen, die von dem Beamten des Verbandes Georg Werner verfaßt ist. In derselben wird gezeigt, wie die Grubenbesitzer mit Arbeitern und Steigern umspringen, wie durch die fortwährende Antreiberei, geboren aus der Sucht nach immer höheren Profiten, die Gefahren und Unfälle herbeigeführt werden. Die Broschüre ist gerade angesichts der furchtbaren Grubenunglücks der letzten Zeit lebenswert. Sie zeigt uns, wer die Schuldigen an diesen Katastrophen sind.

Ausland.

Kampf in der englischen Textilindustrie.

L. K. London, 11. Januar. Der seit einiger Zeit drohende Streik der Woll- und Baumwollfärberei von Bradford hat nun begonnen. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung des Stundenlohns auf 7 Pence und entsprechend höhere Lohn für Überstunden. Die Unternehmer haben ihnen erst 6 Pence die Stunde und dann eine Neuregelung der Löhne auf den Grundlage von Stücklöhnen angeboten. Die Arbeiter haben dieses Anreben abgelehnt und eine Lrabstimmung hat ihrer Beschlus mit 94 gegen 5 Proz. der Stimmen bestätigt. Gestern haben etwa 6000 Färber in Bradford ihre Wandsolidaritäten eingeschlossen und heute folgen etwa 20 000 Färber in allen Zentren Bradford diesem Beispiel. Die Färber sind gut organisiert, so daß die Färber der Dauer des Streiks geschlossen werden müssen. Die Streikführer der Organisation reichen zu einem Kampf von mindestens sechs Monaten aus. Die Stellung der Arbeiter wird auch durch die Hochkonjunktur begünstigt. Der lebte Färber von Bradford fand vor 33 Jahren fast und dauernd nur Woden.

